

Erscheint täglich

früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition

Johannstraße 33.

Sprechstunden der Redaction:

Donnerstag 10-12 Uhr.

Freitag 4-6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Feiertagen früh bis 9 Uhr. In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22. Louis Köhler, Mathienstr. 18. p. nur bis 7 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

No 299.

Freitag den 26. October 1877.

71. Jahrgang.

Ausgabe 15,250.
Abonnementspreis viertel, 4 1/2, halbjährlich 8 1/2, jährlich 16 1/2. Druck und Postgebühren 6 1/2. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbefreiung 30 Pf. mit Postbefreiung 45 Pf. Inserate 4gep. Zeitung, 20 Pf. 8gep. Zeitung, 40 Pf. 12gep. Zeitung, 60 Pf. Preisverzeichniss - Tabellarisch. Satz nach höherem Tarif. Rectamen unter d. Redaction die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. - Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerum oder durch Postnachnahme.

Bekanntmachung.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, dass in der Nacht vom 27. zum 28. October die Meinungen des Obergerichts der k. k. Reichsregierung und vom 29. October ab Nachts die Spülung des Abwasserkanals vorgenommen werden soll.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Reichel.

Wohnungs-Vermietung.

In dem der Stadtgemeinde gehörigen Hause **Reichstraße Nr. 51** ist die aus 5 Stuben, 1 Kloben, 2 Kammern, Küche, Bodenstube und Keller bestehende, mit Wasserleitung versehene Wohnung der 3. Etage vom 1. April 1878 an gegen einvierteljährliche Kündigung anderweit zu vermieten.
Die Vermietungsbedingungen nebst Inventarium liegen bei uns zur Einsichtnahme aus und sind in der Wohnung selbst mit dem 26. d. Monats in unserem Eingangsbureau, Rathhaus, 1. Etage, Zimmer Nr. 7, schriftlich einzusehen.
Die Besichtigung der Wohnung kann nur mit Genehmigung des dormaligen Vermiethers stattfinden.
Leipzig, den 18. October 1877.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Geratti.

Leipzig 25. October.

Wenn wir schon gestern besorgen mussten, dass die Ministerial-Debatte, die am Freitag im preussischen Abgeordnetenhaus stattfinden soll, keine besondere Klarheit in die Lage bringen werde, so ist diese Besorgnis inzwischen noch verstärkt worden durch das Bekanntwerden des Resolutionsantrages, den die Fortschrittspartei in dieser Sache eingebracht hat. Danach soll die Kammer erklären, dass die als notwendig erkannte Fortentwicklung der Gesetzgebung geschäftlich und die constitutionelle Verantwortlichkeit der Minister gegenüber dem Landtage beeinträchtigt werde. Die Erklärung athmet die alte, lange verweilte Conflictstimmung an, und wenn sie angenommen würde, so wäre wieder einmal ein frischer, fröhlicher Krieg zwischen Regierung und Kammer fertig. Wissen Das die Herren nicht? O ja, aber sie wollen eben nicht Anderes, der Conflict ist ihr Element, und mit demselben Ungeheim und Ueberseher, mit dem sie im letzten Reichstage den Justizreformvorschlag zu einem Conflict anzufachen trachteten, eilen sie auch jetzt herbei, um Zwietracht zu säen, aus der Unklarheit der Lage Parteicapital zu schlagen und die Ministerialpolitik in ihr geliebtes Fortschritt-Deutsch, in den Verfassungskonflikt zu überführen. Es ist, als hätten sie nur auf den Moment gebrannt, in welchem sie Bismarck und seine Regierung mit einigem Schein von Wahrheit reactionärer Bestrebungen beschuldigen könnten, und als wären sie nun allmächtig, diesen Moment endlich gefanden zu haben. Und was bringen sie zum Beweise der schweren Anklage bei, die sie gegen die Regierung erheben? Die Faxe, die in der Verwaltungsreform eingetreten ist, und die daraus resultierende Stelle der Thronrede. Diese löst allerdings manichäische Deutungen zu und es wäre zu wünschen gewesen, dass sie sich klarer über die Nothwendigkeit der jetzigen Faxe, über deren provisorischen und überleitenden Charakter und über die Richtung auszusprechen hätte, welche die Krisis nehmen soll. Aber auch ihr entnehmen, dass man endgültig ein Stillstand, eine Wandlung in der inneren Politik eintritten solle, das heißt in sie hineinlesen und alle Klassen, geschäftsmäßig trockenen Worten die Farbe der Entschlossenheit anblenden. Hätte die Resolution sich darauf beschränkt, eine genauere Interpretation jener Stelle in der Thronrede und derjenigen Änderungen über Das, was hinter den Coullissen vorgeht, zu verlangen, so wäre wenig dagegen einzuwenden gewesen. Bismarck wünscht auch wir, dass die Regierung amtlich und feierlich erkläre, was sie baldmöglichst bereits vielfach versichert hat, dass sie es nicht auf eine Euphorie der Verwaltungsreform, dass sie es nicht auf Reaction abgesehen habe. Sicher ist es kein gesunder Zustand, wenn der Leiter der Regierung in weiter Ferne auf Urlaub weilt und der Minister des Innern, seinem Beispiele folgend, auf längere Zeit ins Ausland geht und dadurch gewissermaßen zum auswärtigen Minister wird. Auch wir halten es für ein gutes Recht der Volkvertretung, diesen Zustand zu beleuchten und auf Abhilfe zu dringen. Damit aber begnügt sich die Fortschrittspartei nicht; anstatt die Absichten der Regierung zu erforschen, legt sie sie vorans, und zwar möglichst schlechte, und auf diese ihre Unterstellung hin bezieht sie sich, die Regierung zu verlassen, zu verwerfen, ohne sie gehört zu haben. Das ist eine ungerechte und unkluge Art, Politik zu treiben, und wenn die Fortschrittspartei den Antrag etwa abgeschossen hat, um die Regierung zu treffen, so wird sie nur zu bald erfahren, dass der Pfeil auf sie selbst zurückfallen wird. Der Antrag, der sich nicht in den Grenzen weiser Mäßigung hält, wird fallen, und nicht die Regierung, sondern die Fortschrittspartei selbst wird sich eine Niederlage holen. Jedenfalls aber wird der Antrag der Kammer zu schaden geben, und diese wird mit unfruchtlichen Düstereien die Zeit vergeuden; die so wünschens-

würthe Klärung der Lage selbst aber wird dadurch noch mehr erschwert werden. So wird die Fortschrittspartei sich auch diesmal rühmen können, das Gute gemollt und das Böse geschaffen zu haben.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 25. October.

Der Auffassung, welche aus der preussischen Thronrede eine „Wandlung in der inneren Politik der Staatsregierung“ auf dem Gebiete der Verwaltungreform herauslesen will, tritt die „Prov.-Corr.“ in einem längeren Artikel entgegen. Nachdem das halbamtliche Organ zunächst den richtigen Sinn der betreffenden Stellen der Thronrede feststellt, welche „in jeder Beziehung das Anerkennniss“ enthalte, dass „der Reform an und für sich und auf den festgestellten Grundlagen Fortgang gegeben werden muss und soll“, fährt es also fort:

Wenn zwischen den Freunden und Förderern der Reform in der Regierung und in der Landesvertretung Meinungsverschiedenheiten über die weitere Behandlung der Sache bestehen, so beziehen sich dieselben nicht auf die Festhaltung oder Abänderung der wesentlichen Grundzüge des Gesetzes, auch nicht auf die Frage, ob dasselbe nicht demnach auf die ganze Monarchie auszuweihen sein werde, — sondern lediglich darauf, ob es wohlthätig sein würde, die Uebertragung der gesammten Verwaltungsreform auf alle Provinzen unverzüglich und mit einem Male oder Schritt vor Schritt unter Benutzung der inzwischen gemachten praktischen Erfahrungen und unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der einzelnen Provinzen auszuführen.

Die „Prov.-Corr.“ erörtert dann die veränderte Stellung der Regierung zur Verfassungsordnung, welche mit dem Wesen der Verwaltungsreform in keinem notwendigen Zusammenhang steht. Sie betont die Wichtigkeit, welche die Person des für den Grafen Calenberg eingetretenen Stellvertreters, Dr. Friedenthal, nach seinem wohlbekanntem Antheil an der Reform gewährt, und bemerkt zuletzt in Bezug auf den fürsten Bismarck:

Wenn in letzter Zeit vielfach behauptet worden ist, der Ministerpräsident Fürst Bismarck sei gleichgültig gegen die Verwaltungsreform oder gar ein Gegner derselben, so darf daran erinnert werden, dass derselbe schon im Frühjahr 1876 die dringende Nothwendigkeit der Kreisverwaltungsreform und zwar in ihrem Zusammenhang mit der Reform der Verwaltung selbst betonte. Die Regierung, sagte er, dürfe keinen Zweifel darüber lassen, dass sie mit vollem Entz die Reform der Kreisverwaltung anstrebe, welche notwendig sei, bevor man daran gehen könne, eine Decentralisation der Geschäftsvorgänge und einen erheblichen Theil der Befugnisse der Bezirksregierungen und der Minister auf die Organe der Selbstverwaltung zu übertragen.

Am 23. October hat im Ministerium des Innern seitens des Grafen Calenberg die Uebergabe der Geschäfte an den Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten Dr. Friedenthal stattgefunden und waren zu dem Zweck die Räte des Ministeriums zu einer Plenarsitzung versammelt worden.

Das preussische Einführungsgesetz zur Gerichtsverfassung wird die Aufhebung des preussischen Ober-Tribunals zur Folge haben. Mehrere Berichterstatter wissen bereits, wie viele der Ober-Tribunalsräthe in das Reichsgericht eintreten, und wie viele ihre Entlassung nehmen werden. Die „Post“ bemerkt hierzu: Dabei wird das eigentliche Sachverhältniss ganz übersehen. Es kommt nämlich darauf an, an welche Räte eine Berufung in das Reichsgericht ergoht wird. Diejenigen, welche nicht berufen werden, treten nach Bestimmung des Reichsgesetzes mit ihrem vollen Gehalt in den Ruhestand, falls sie nicht eine andere Stelle mit dem jetzigen Gehalt annehmen. Hiernach ist nicht zu erwarten, dass Abschiedsgelder eingehend werden, da in diesem Falle die Pensionierung nach dem gewöhnlichen Massstab bei Dienstaustritten bemessen würde.

Die deutsch-conservative Partei hat im Großherzogthum Baden eine bemerkenswerthe Niederlage erlitten: im Wahlkreise Pforzheim-Land, dem einzigen, in welchem sie bei den diesmahligen Landtagswahlen gegriibete Aussicht auf Erfolg hatte, hat der Candidat der national-liberalen Partei den Sieg davon getragen. Dies Resultat ist nicht ohne allgemeinere Bedeutung. Der Jahr und Tag, als die neugeschaffene deutsch-conservative Partei alle Welt mit ihrem Eram erfüllte, und als ihre Organe in pompöser Rede einen gewaltigen Aufschwung der conservativen (richtiger: reactionären) Bestrebungen in Süddeutschland prophezeiten, wurde besonders auf Baden als auf das Land der Verheißung hingewiesen. Jetzt erkennt man, was es mit diesen Versicherungen auf sich hatte. Bei jeder Gelegenheit zeigt sich auch Neue, dass sich für den sogenannten Deutschconservatismus jenseits des Main schlechterdings kein Boden findet. Er wird sich eben mit dem wunderlichen Gemisch von preussischen Junkern und sächsischen Particularisten begnügen müssen.

In der bayerischen Abgeordnetenversammlung erklärte der Minister v. Pfeuffer auf die Interpellation des Abg. Scheel wegen einer Reform des Wahlgesetzes, dass die Regierung nicht gesonnen sei, einen derartigen Reformentwurf vorzulegen, da solches bereits zweimal resultatlos geschehen sei.

Das Schwurgericht in München hat den Redacteur des „Volkstreu“ Priester Knab, wegen Beleidigung des Königs von Bayern zu viermonatlicher Festungshaft verurtheilt.

Die Schweiz hat am 22. October einen politisch bewegungsvollen Tag durchlebt. Es handelte sich um eine allgemeine Volksabstimmung über mehrere für die inneren Verhältnisse der Republik hebratfame Gesetzvorlagen, um welche schon seit längerer Zeit eine lebhaft agitatorische Discussion geführt wurde. Die Zahl dieser Vorlagen betrug drei, von denen inbegriffen eine Annahme stand, nämlich das Gesetz betreffend die Regelung der Fabrikarbeit mit seinen Bestimmungen über den (elfstündigen) Normalarbeitstag. Dieses Gesetz wurde mit einer Mehrheit von 15 Stimmen angenommen. Ein zweiter Gesetzentwurf betraf die Stimmberechtigung der außer ihrer Heimathgemeinde niedergelassenen Bürger und der sogenannten Auswärtigen, welche außer ihrer Heimathgemeinde vorübergehenden Wohnsitz nehmen. Diese beiden Kategorien machen zusammen mehr als die Hälfte aller Schweizer aus, und da sie lange Zeit mindern Rechte waren als der in seiner Heimathgemeinde verbleibende Bürger, so wurde schon längst auf eine Ausbesserung dieser Ungleichheit hingearbeitet, welche factisch eine Ungerechtigkeit gegen die Mehrzahl aller Schweizer war, und dem zugestimmt, was man oft als „Schweizerbürgerrecht“ bezeichnen hörte und wovon unter verstanden ist, dass jeder Schweizer an jedem Orte seines Vaterlandes sein Stimmrecht ausüben dürfen. Ein drittes Gesetz betraf die Steuer, welche im militärpflichtigen Alter stehende, aber wegen körperlicher Gebrechen und aus anderen Gründen nicht Militärdienst leistende Bürger zu bezahlen haben sollen. Der Ertrag der Steuer sollte ausschließlich für Militärausgaben verwendet werden. Diese beiden letzteren Gesetze fielen bei der Volksabstimmung durch, wengleich sich eine sehr starke Minderheit dafür aussprach.

In Oesterreich macht das Budget, welches der Finanzminister dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hat, ziemlich allgemein einen guten Eindruck. Obgleich mit einem Deficit von 20 1/2 Millionen Gulden belastet, erscheint die Aufstellung dennoch keineswegs unglücklich, da sie um 17 1/2 Millionen gänzlicher Minderheit, als das letzte Finanzverpöf, und die Einnahmen eine Steigerung von 8 Mill. ergaben. Für Deutung des Deficits ist Sorge getragen. Endlich eröffnet der Minister den Steuerzahlern Eisleithens die angenehme Perspektive auf ein gänzliches Verschwinden des Deficits, Dank der ins Werk gesetzten Steuerreform, hoffentlich schon im Jahre 1880. Das „Freundenblatt“ erzählt aus „eingeweihten Kreisen“, man glaube dem diesmahligen Budget eine fremdliche Aufnahme prognostizieren zu dürfen.

Die französischen Stichwahlen am 26. October und die Departementswahlen am 4. November werden unter denselben Umständen stattfinden, wie die vom 14. October. Die neuen Wahlen des Ministers des Innern an die Präsidenten unterscheiden sich wenig von den früheren. Die Präsidenten verfahren ihrerseits eben so wie vordem. Die meisten derselben haben den Maire, den Friedensrichtern und der Gendarmen-Brigadieren befohlen, ihnen Nachweise über die wahrscheinlichen Ergebnisse der Generalratswahlen zu geben.

Die unter den conservativen Senatoren herrschende Stimmung ist keineswegs sehr günstig für die Widerstandspläne des Cisee und des Herrn

de Fourton. Die Sprache des „Soleil“ bestätigt, dass die Bemühungen zur Ausbesserung mit der Linken Fortschritte gemacht haben. Die Royalisten wollen nur dann weiter Hand in Hand mit dem Cisee geben, wenn dieses offer für die weiche Fahne eintritt, die Bonapartisten drohen aber dem Cisee, sie würden gegen das Cabinet austreten, wenn dieses die weiche Fahne aufstehe. Fest zu Mac Mahon halten nur noch die Clerikalen, aber ihr Einfluss auf die übrigen Parteien hat abgenommen, da es ungenügend aller Anstrengungen nicht einmal gelang, die conservativen Mehrheit des Senats zu bestimmen, vor dem Zusammenritte der Kammer ein Manifest zu erlassen, um sich in Entschlossenheit für die Politik der Regierung vom 16. Mai zu verpflichten. Unter den Ministern selbst herrscht Zwiespalt. Broglie, General de Bethaut, Paris und auch Decazes sind für den Rücktritt des Cabinets vor dem 7. November, während die übrigen Minister von einer Entlassung des Cabinets Nichts wissen, sondern den Widerstand gegen die Mehrheit der Deputirtenkammer fortsetzen wollen.

Christoph Columbus erhält eine Collegin; der Vatican hat wissen lassen, dass die Seligsprechung der Jungfrau von Orleans nicht gemährt werden solle. Joanne d'Arc kann sich leicht genma damit trösten, dass ihr Missgeschick ihr in höchst anständiger Gesellschaft widerfährt; aber Herr Dupanloup, den Bischof von Orleans, soll die Sache sehr unangenehm berühren, ja man erzählt, diese Verweigerung sei eine direct beabsichtigte Strafe von Seiten des heiligen Vaters, der ihm auf diese Weise seinen Unmuth darüber kund thut, dass die Curie von den französischen Bischöfen so offen im Wahlkampfe compromittirt wurde.

Aus Rom wird berichtet, dass anlässlich des republikanischen Wahlsteges in Frankreich in mehreren größeren Städten Italiens stark prononcirte republikanische Demonstrationen stattfanden. Bei den meisten derselben aber, besonders bei denen in Neapel und Mailand scheiterten inbegriffen die französischen Wahlresultate nur den Vorwand geliefert zu haben, um für die italienische Republikrepublik zu demonstrieren.

Nach einer Meldung der „Polit. Corresp.“ aus Belgrad hat der serbische Ministerialrath beschlossen, die Stupschütze erst im Monat December einzuberufen. — Wie weiter berichtet wird, sind die unter Fazly Pascha bisher an der serbischen Grenze stehenden türkischen Truppen nach der Herzegowina abmarschirt, um gegen Montenegro verwendet zu werden.

Von türkischer Seite werden folgende Nachrichten verbreitet: Chesket Pascha meldet aus Orhanie vom 22. October, ein nach der Gegend von Radomirga entsendeter, aus Cavallerie bestehender Recognoscirungstrupp sei am Flusse Isker entlang vorgegangen und habe die dort befindlichen Bulgaren mit einem Verlust von 60 Mann zurückgeschlagen. Eine andere gegen Bosanitscha vorgehende Abtheilung habe den Russen bei Tschoumyril einen Verlust von 20 Mann gebracht. Zahlreiche feindliche Abtheilungen durchstreifen die ganze Gegend. — Rosvi Pascha meldet aus Schipila vom 22. d. M.: Der Feind unterhielt gestern und heute ein allgemeines Feuer mit Geschossen großer Kaliber. Wir antworteten, soweit nothwendig; wir haben 44 Verwundete und 7 Tote, der Verlust des Feindes muss ebenfalls nicht unerheblich sein. — Sulaiman Pascha meldet unter dem 22. d.: Heute nahmen 18 feindliche Bataillone, unterstützt von Cavallerie und 4 Batterien die Positionen von Jovan-Tschiftit und Karassanlioi und griffen 4 Compagnien an, die die Vorposten anderer bei Raditsch eingensommenen Stellenzen bildeten. Unsere durch Artillerie unterstützten Compagnien nöthigten den Feind, wieder zurückzugehen.

Aus Konstantinopel, 23. October, wird gemeldet: Sulaiman Pascha befindet sich nach immer in Ruhsitz. Die Türken halten die starken Stellungen von Krasajna, Tabasca und Rajedjemo besetzt. Das Bombardement auf Gurgems wird fortgesetzt. Der englische Admiral Dornby ist nach der Besatzung zurückgekehrt.

Dem Rester'schen Bureau wird aus Erzerum vom 24. d. M. gemeldet: Ismail Pascha ist am 23. d. M. in Jeddah eingetroffen. Derselbe gedachte heute Dabar zu erreichen, um die Verbindung mit den Truppen Rowfistat Pascha's, welche bei Houn stehen, herzustellen. Am 23. d. M. lag eine russische Truppenabtheilung.

Die Russen setzten das Bombardement auf die Befestigungswerke von Kars fort. Von letzteren wird das Feuer erwidert.

Ein Telegramm der „Presse“ aus Tiflis meldet: Am 19. d. haben die Russen Pennef besetzt.